



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 401 Anfrage Ledergerber Michael und Mit. über Contact-Tracing / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 401 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Michael Ledergerber hält an der Dringlichkeit fest

Michael Ledergerber: Einmal mehr bin ich erstaunt, wie der Regierungsrat jeweils die Dringlichkeit bewertet. Ich bin gespannt auf die Argumentation dazu. Von den Dringlichkeitskriterien erfüllt die Anfrage das aussergewöhnlich hohe politische Gewicht und dass sie keinen Aufschub verträgt. Die Öffentlichkeit erwartet die umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates. Die Bevölkerung ist extrem verunsichert, was zu tun ist, wenn man Kontakt mit einer positiv getesteten Person hatte. Wird man vom Contact-Tracing kontaktiert oder nicht? Funktioniert das System überhaupt noch? Es herrschen Verunsicherung und Überforderung. Das Anliegen verträgt keinen Aufschub, weil es in einer späteren Session wegen des Zeitablaufs gegenstandslos würde. Ohne ein funktionierendes Contact-Tracing laufen wir direkt in einen weiteren Lockdown. Deshalb brauchen wir jetzt Antworten und nicht erst im nächsten Jahr. Wir müssen die Ansteckungsketten jetzt unterbrechen. In der letzten Session wurden Vorstösse zum Contact-Tracing auch dringlich erklärt. Es ist inkonsequent, wenn die Dringlichkeit jetzt abgelehnt wird. Das Anliegen ist eher noch dringlicher geworden, als es im Sommer war. Die Situation hat sich seither verschlimmert. Wir sollten jetzt genau hinschauen und die bestehenden Probleme konstruktiv angehen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Dringlichkeit.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die gestellten Fragen haben wir bereits mehrmals mit offiziellen Medienmitteilungen und in Antworten auf Anfragen beantwortet. Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der Regierung, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.